

★ September 2012

antikriegs-info

der Deutschen Kommunistischen Partei

Westen will in Syrien keine Kompromisslösung

KRIEG

aus Kalkül



Innere Widersprüche gibt es in Syrien genug. Widersprüche, die im harten Klassenkampf, in der politischen Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Kräften im Land gelöst werden müssen. Die gegenwärtige Entwicklung des Landes zeigt aber etwas anderes: Syrien ist zum Kampfplatz imperialistischer Interessen geworden.

Nicht um Menschenrechte, um die angebliche "Befreiung von einem Diktator" geht es in den militärischen Kämpfen in Syrien, sondern um geostrategische und Rohstoffinteressen. In einem Beitrag im Feuilleton der FAZ vom 24.07.2012 heißt es dazu: "Den Amerikanern und der westlichen Seite geht es nicht oder nicht vorrangig darum, der bedauernswerten syrischen Bevölkerung zu helfen, sondern um Einflussnahme auf die Neugestaltung des Landes nach einem voraussichtlichen Sturz des derzeitigen Regimes, obwohl man mit diesem bisher stets gut zusammenarbeiten konnte. Mehrere seit längerem geplante, für den Westen wichtige Öl- und Gaspipelines stehen auf dem Spiel, die Saudi-Arabien und Qatar mit dem östlichen Mittelmeerraum und der Türkei verbinden und deshalb partiell durch syrisches Gebiet führen sollen."

Und Syrien ist ein Verbündeter des Iran, den die USA ganz oben auf ihrer "Abschussliste" führen, weil er als starke Regionalmacht, die Machtkreise des US-Imperialismus stört.

Deshalb gießt die Führung in Washington ständig Öl ins Feuer des syrischen Konfliktes und bestärkt bewaffnete Oppositionsgruppen wie die sogenannte "Freie Syrische Armee" darin, keine Verhandlungslösung zu akzeptieren, sondern auf militärischen Sieg über die Regierung zu setzen. Aus dem US-Außenministerium war aktuell zu hören, man bemühe sich gemeinsam mit den Verbündeten, in Syrien "Bedingungen zu schaffen, die zu einem schnellen Kollaps des syrischen Regimes führen."

Dabei zeichnet sich eine ähnliche Taktik ab, wie sie die westlichen Interventen in Libyen angewendet haben. Aus den Golfdiktaturen und von westlichen Staaten finanzierte und bewaffnete Oppositionsgruppen sollen ein Territorium erobern und zur "Sicherheitszone" erklären. Danach könnten US-Geheimdienstler, Spezialkommandos und Söldner von Jordanien aus und von der Türkei nach Syrien vorstoßen und den Krieg im Land weiter eskalieren. In Washington gibt es auch bereits öffentlich lancierte Forderungen, mit Kampfflugzeugen und Kampfhubschraubern diese Zonen auszuweiten.

Deutsches Kapital auf Beutezug

Diesmal will das deutsche Kapital in vorderster Front dabei sein, wenn in Syrien die Beute verteilt wird.

Gemeinsam mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, einem Großempfänger deutscher Waffenlieferungen in der Region, hat die Berliner Regierung bereits ein Sekretariat eingerichtet, das den Umbau des Landes "von einer zentral geleiteten Wirtschaft in eine Marktwirtschaft" organisieren soll. Leiter des Büros, das zunächst mit 1,2 Millionen Euro ausgestattet wurde, ist ein erfahrener Afghanistan-Veteran: Gunnar Wälzholz hatte zuletzt die Kreditanstalt für Wiederaufbau am Hindukusch geleitet.

Berlin setzt bei seiner Einmischung auf den "Syrischen Nationalrat (SNC)", der allerdings bei der Opposition im Land keinen Rückhalt hat. Offenbar soll den Syrern eine Regierung von westlichen Gnaden von außen präsentiert und aufgezwungen werden. Der SNC hat mit der Bundesregierung bereits den Einsatz von deutschem Kapital abgesprachen.

Geld genug

für Rüstung und weltweite Kriegseinsätze

Im Sommer 2010 war in den bürgerlichen Medien von "Abrüstung" bei der Bundeswehr, vom Sparen bei der Rüstung zu lesen.

Das Bundeskabinett hatte beschlossen, dass auch der Militärhaushalt an der Sparoperation bis zum Jahr 2014 beteiligt sein sollte. Von geplanten 81,6 Mrd. Euro sollte der Rüstungsetat 8,3 Mrd. bringen. Wer seine Sinne beisammen hatte und die Grundrechenarten beherrschte, wusste schon damals, dass hier gelogen und getrickt wird. So gab es dreistellige Millionenbeträge aus "Konjunkturpaketen" der Bundesregierung für Waffen und zusätzlich einige Möglichkeiten, Rüstungskosten in anderen Haushaltstiteln zu verstecken.

Ende 2012 wurde nun die aktuelle Haushaltsplanung präsentiert. Nirgendwo ist in den Kapital-Medien jetzt von "Aufrüstung" zu lesen. Trotzdem wird sich der Rüstungshaushalt von 31,7 Mrd. Euro im Jahr 2012 auf 33,3 Mrd. im Jahr 2013 erhöhen. Zusätzlich sollen bis zu einer Milliarde Euro Personalkosten pro Jahr in den allgemeinen Haushalt umgebucht werden.

Das zusätzliche Geld wird die Militärs freuen. Zuletzt hatte der "Verteidigungs"minister in Interviews getönt, dass es nun keine Tabus mehr für weltweite Kriegseinsätze der Bundeswehr geben werde, sofern sie den "wohlverstandenen Interessen" Deutschlands dienen. Sprich: den Interessen von Kapital und Kabinett.

Bundesregierung fördert Waffendealer

Mit der Umsetzung des EU-Verteidigungspaketes (Defence Package) soll den Waffenhändlern aus der Europäischen Union und insbesondere aus Deutschland weiterer Auftrieb verschafft werden.

Innerhalb der EU sollen mit der Richtlinie nationale Vorschriften auf niedrigstem Niveau harmonisiert, also Waffengeschäfte gefördert werden. Die deutsche Rüstungsindustrie verspricht sich davon weitere glänzende Profite in den Krisenregionen der Welt.

Die deutschen Waffendealer konnten ja bereits in den letzten Jahren den dritten Rang der größten Waffenexporteure der Welt erringen. Im Zeitraum 2007 bis 2011 stiegen nach SIPRI-Angaben die deutschen Waffenexporte um 37 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2002-2006. Aber: "Der dritte Platz ist eine Schande", titelte die "Berliner Zeitung" am 20. März des Jahres.

Besonders Länder wie Saudi-Arabien, Bahrain, die Vereinigten Arabischen Emirate, Jemen und

Ägypten dürfen sich über deutsche Waffen freuen. Die Geschäftsinteressen der Rüstungskonzerne und die geostrategischen Interessen der Bundesregierung sind hier deckungsgleich. Der Nahe Osten und Nordafrika (Beispiel Algerien) liegen im Fokus dieser Interessen.

Inzwischen gelten auch Waffenlieferungen für reaktionäre arabische Regimes und die vorbehaltlose Unterstützung der jeweils aktuellen israelischen Politik nicht mehr als Widerspruch. Während Saudi-Arabien die modernsten deutschen Leopard-Kampfpanzer bekommen soll, baut die deutsche Werften-Industrie die U-Boote Nummer 4 und 5 für die israelische Marine. Aus den Torpedorohren dieser Boote der Dolphin-Klasse können atomare Marschflugkörper verschossen werden. Ein Drittel der Kosten trägt der deutsche Steuerzahler. Bis 2015 soll ein sechstes Boot dieses Typs geliefert werden.

Für die Bundesregierung gilt: Nie mehr Krieg ohne Profit für deutsche Waffenschmieden!

Hände weg von Iran und Syrien!

Den wirtschaftlich und politisch Herrschenden müssen Kriege wie in Afghanistan, Irak und Libyen unmöglich gemacht werden. Militärischen Interventionen gegen Syrien und Iran widersetzen wir uns.

Im Konflikt mit Syrien und Iran geht es nicht um Menschenrechte und Atompolitik, sondern um die Vorherrschaft in einer der geostrategisch bedeutendsten Regionen.

(Aus einem Aufruf des Bundesausschusses Friedensratschlag)

Berliner Stiftung bildet syrische Islamisten aus Regimewechsel in Berlin organisiert

"Das neue Syrien kommt aus Wilmersdorf", titelt die Internetausgabe der "Zeit" am 25.07. 2012. Bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin wurden seit Januar Oppositionelle aus Syrien für die Zeit nach dem Sturz der syrischen Regierung unter Assad nach westlichen Vorstellungen ausgebildet. Das Projekt lief unter dem Code-Namen "Day After" und wurde vom SWP, das von der Bundesregierung bezahlt wird, und einer US-Partner-Einrichtung betrieben. Das Berliner Außenministerium und das State Department der USA halfen mit "Geld, Visa und Logistik". Aus Syrien wurden unter strikter Geheimhaltung ehemalige Generäle, Wirtschafts- und Justizexperten eingeflogen. Auch islamistische Vertreter und Angehörige der sogenannten "Freien Syrischen Armee" gehörten dazu. Das alles passierte, während die Berliner Politiker scheinheilige Friedens-Appelle an die syrische Regierung und an China und Russland richteten.

Zum Ausbildungsprogramm für die syrischen Oppositionellen gehörte übrigens auch ein Besuch bei der Stasi-Unterlagenbehörde.

Die Bundesregierung steht im Syrien-Konflikt an vorderster Front der Kriegstreiber und positioniert sich gegen jede mögliche Kompromisslösung. Die ihr nahestehende Stiftung SWP rät in Publikationen offen zu militärischer Einmischung in Syrien. "Die erste Handlungsoption wäre der verdeckte Einsatz von Spezialkräften in Syrien, der vor allem zwei Ziele hätte: Zum Einen die Unterstützung der Freien Armee Syriens (FAS) in Form von Ausbildung und Bewaffnung und zum Zweiten die Schwächung des syrischen Regimes durch Sabotage der militärischen Infrastruktur."

So verwundert es auch nicht, dass die Bundesregierung öffentlich stets ein "Herz für Terrorismus" zeigt. Während man beispielsweise nicht einmal den Anschlag auf Regierungsvertreter in Damaskus Mitte Juli verurteilen wollte, bei dem es mehrere Tote gab, musste man auf eine Anfrage im Bundestag hin jetzt zugeben, dass rund 90 Anschläge in Syrien zwischen Ende 2011 und Anfang Juni 2012 auf das Konto von Al Kaida oder anderen islamistischen Organisationen gehen.

Ja, ich will:

- Mehr Infos über die DKP und ihr Programm
 Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe

Name

Vorname

Straße

Hausnummer

PLZ

Ort

Ausfüllen und abschieken an:
DKP-Parteivorstand, Hoffnungstr. 18
45127 Essen
E-Mail: dkp.pv@t-online.de
www.dkp.de